

# Neuer Schuldenrekord für Rödersheim-Gronau

Gemeinderat beschließt Haushalt für 2016 und 2017 – Jährlicher Verlust von einer halben Million Euro – FWG lehnt Finanzplanung ab

VON MARKUS MÜLLER

**RÖDERSHEIM-GRONAU.** Finanziell wird die Ortsgemeinde auch in den kommenden beiden Jahren nicht auf Rosen gebettet. In der Dorfkasse herrscht weiter Dürre, der Schuldenberg wächst auf vier Millionen Euro an. Die Haushalte für 2016 und 2017, die der Rat am Dienstag beschlossen hat, weisen jeweils einen jährlichen Verlust von mehr als einer halben Million Euro aus.

So rechnen die Verantwortlichen dieses Jahr mit einem Fehlbetrag von rund 596.000 Euro im Ergebnishaushalt. Dieser ist vergleichbar mit der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens. Dabei stehen Einnahmen von 2,8 Millionen Euro Aufwendungen von 3,3 Millionen Euro gegenüber. Die Erwartungen für 2017 sind ähnlich: Hier wird ein Minus von rund 525.000 Euro kalkuliert.

Fehlbeträge gibt es auch im Finanzhaushalt. Dieser stellt den Geldfluss innerhalb der Kommune dar, wozu auch die Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Kredite zählen. 2016 steht hier unter dem Strich ein Fehlbetrag von 1,3 Millionen Euro, 2017 ist es rund eine halbe Million Euro. Vor diesem Hintergrund wird der Schuldenberg dieses und nächstes Jahr wieder steigen, und zwar auf rund vier Millionen Euro – ein neuer Negativrekord. Zuletzt hatte die Gemeinde ihn von 3,9 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 3,4 Millionen Euro im Jahr 2015 verringert.

Größte Einnahmequelle der Kommune sind laut des Zahlenwerks die jährlichen Steuern mit rund 2,3 Millionen Euro. Bei den Ausgaben schlagen vor allem die Umlagen für Kreis und Verbandsgemeinde sowie für die Gewerbesteuer mit rund 1,8 Millionen Euro zu Buche. Außerdem muss die Kommune jährlich rund 800.000 Euro für Strom, Gas, Wasser, den Unterhalt von Gebäuden und Reinigungsarbeiten aufwenden.

Im Haushalt machen sich außerdem die geplanten Investitionen be-



In der Grundschule „Am Neuberg“ soll noch in diesem Jahr der Brandschutz verbessert werden.

FOTO: KUNZ

merkbar – so sind für die Teilerschließung des umstrittenen Gewerbegebiets „Östlich der Assenheimer Straße“ dieses Jahr 353.000 Euro vorgesehen und für kommendes Jahr 586.000 Euro. Auf der Einnahmenseite rechnet die Kommune hingegen in 2017 mit 600.000 Euro aus Grundstücksverkäufen.

**FWG-Fraktionschef Thomas Angel kritisierte die steigende Verschuldung.**

Weiterhin plant die Gemeinde, für Straßenbauarbeiten im Ort 314.500 Euro in die Hand zu nehmen, wobei dieser Summe erwartete Beitragszahlungen von 400.000 Euro gegenüberstehen. In die Grundschule „Am Neuberg“ werden allein dieses Jahr

251.000 Euro investiert. Der größte Teil davon entfällt auf den Brandschutz – und hier vor allem auf den Bau eines zweiten Rettungswegs. „Für 2017 haben wir noch keine Ausgaben eingerechnet, da wir noch nicht wissen, wie es dort weitergeht“, sagte Ortsbürgermeister Karl Arnold (parteilos).

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Matthias Kling bezeichnete die geplanten Investitionen als Willensbekundung des Rates, die zum Teil weit über die beiden nächsten Jahre hinaus wirken würden. Als Beispiele nannte er die Erschließung des Baugebietes „Südlich der Kirche St. Leo“ und des Gewerbegebiets. Hier dürften nicht nur die Ausgaben und Erlöse aus Grundstücksverkäufen betrachtet werden, sondern auch die Chancen auf neue Arbeitsplätze, eine höhere

Kaufkraft der Kommune und den Erhalt der Infrastruktur müssten berücksichtigt werden. „Ein Nichtgelingen wäre ein schwerer Rückschlag für die Zukunftsfähigkeit unserer Ortsgemeinde“, sagte er. Auch die Summen für Kindertagesstätten, Schule und Vereine seien gut investiert.

SPD-Fraktionssprecher Michael Schulz schloss sich im Wesentlichen an. Allein durch Einsparungen lasse sich die prekäre Einnahmesituation nicht verbessern. Hierfür seien Investitionen wie in das Gewerbe- und das Baugebiet unerlässlich.

FWG-Fraktionschef Thomas Angel kritisierte die steigende Verschuldung der Gemeinde. Ursache hierfür sind seiner Meinung nach vor allem die hohen Ausgaben von 1,5 Millionen Euro für die Teilerschließung sowie drei Millionen Euro für die Voller-

schließung des Gewerbegebiets „Östlich der Assenheimer Straße“ und die hierfür nötigen Kredite. Außerdem vernachlässige die Gemeinde weiterhin ihre Spielplätze. Immerhin werde endlich in den Kitas und der Schule nachgebessert, indem zum Beispiel neue Spielgeräte angeschafft und die Duschen der Schulsporthalle saniert würden. Außerdem bemängelte Angel die Informationspolitik zum Gewerbegebiet. So seien weder Rat noch Bauausschuss über die offenbar nachteilige Lage der Flächen informiert worden. Interessenten würden dadurch hohe Zusatzkosten für eine angemessene Entwässerung entstehen (siehe „Zur Sache“).

Letztlich stimmten die CDU- und SPD-Fraktion dem Doppelhaushalt zu, die FWG lehnte ihn ab – wegen des Gewerbegebiets.

## ZUR SACHE

### Bauverwaltung wehrt sich gegen Kritik der FWG

Die FWG warf der Verwaltung vor, interessierte Käufer nicht darüber informiert zu haben, dass sie Grundstücke im geplanten Gewerbegebiet um einen bis eineinhalb Meter auffüllen müssen, um das Straßenniveau zu erreichen und Oberflächenwasser abgemessen abzuleiten zu können. Im Falle einer Interessentin wären zusätzliche Kosten von 600.000 Euro entstanden. Außerdem habe ein Bodengutachten schlechte Werte ermittelt. Bauabteilungsleiter Bernd Ziegler hielt in der Sitzung dagegen: Bei Probebohrungen bis zu drei Metern Tiefe sei alles in Ordnung gewesen. „Sonst hätten wir ja kein Gewerbegebiet ausweisen dürfen.“ Bei besonderen Anforderungen jedoch müssten die Grundstücksbesitzer eigene, gegebenenfalls tiefere Bohrungen veranlassen. Zudem sei besagte Interessentin schon Anfang April informiert worden, die Ausschussmitglieder noch früher. Zum Kritikpunkt Entwässerung erklärte Ziegler auf RHEINPFALZ-Nachfrage, dass diese im Flachland immer ein Problem sei. Das sei bei Gewerbeflächen und Neubaugebieten in Dannstadt-Schauernheim und Hochdorf-Assenheim nicht anders gewesen. Allerdings koste das Auffüllen eines Grundstücks nach Erfahrung der Verwaltung deutlich weniger als von der FWG behauptet. „Wobei wir nicht die Berechnungsgrundlagen der Interessentin kennen“, räumt Ziegler ein. Das Auffüllen sei jedoch nicht zwingend. Es sei aber meist die einfachste Variante, um das für die Entsorgung von Oberflächen- und Schmutzwasser nötige Gefälle zu erhalten. Alternativen wären eine Teilauffüllung und technischen Vorkehrungen wie Pumpen. Doch solche Details müssten mit Interessenten besprochen werden. „Wir sind bestrebt, uns an einen Tisch zu setzen und einen annehmbaren Mittelweg zu finden“, sagt er. (mamü)